Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR

Das MfS beobachtete die westdeutschen Medien und sammelte Artikel und Beiträge, die sich kritisch mit der Umsetzung der Vereinbarungen der KSZE-Schlussakte in der DDR auseinandersetzten.

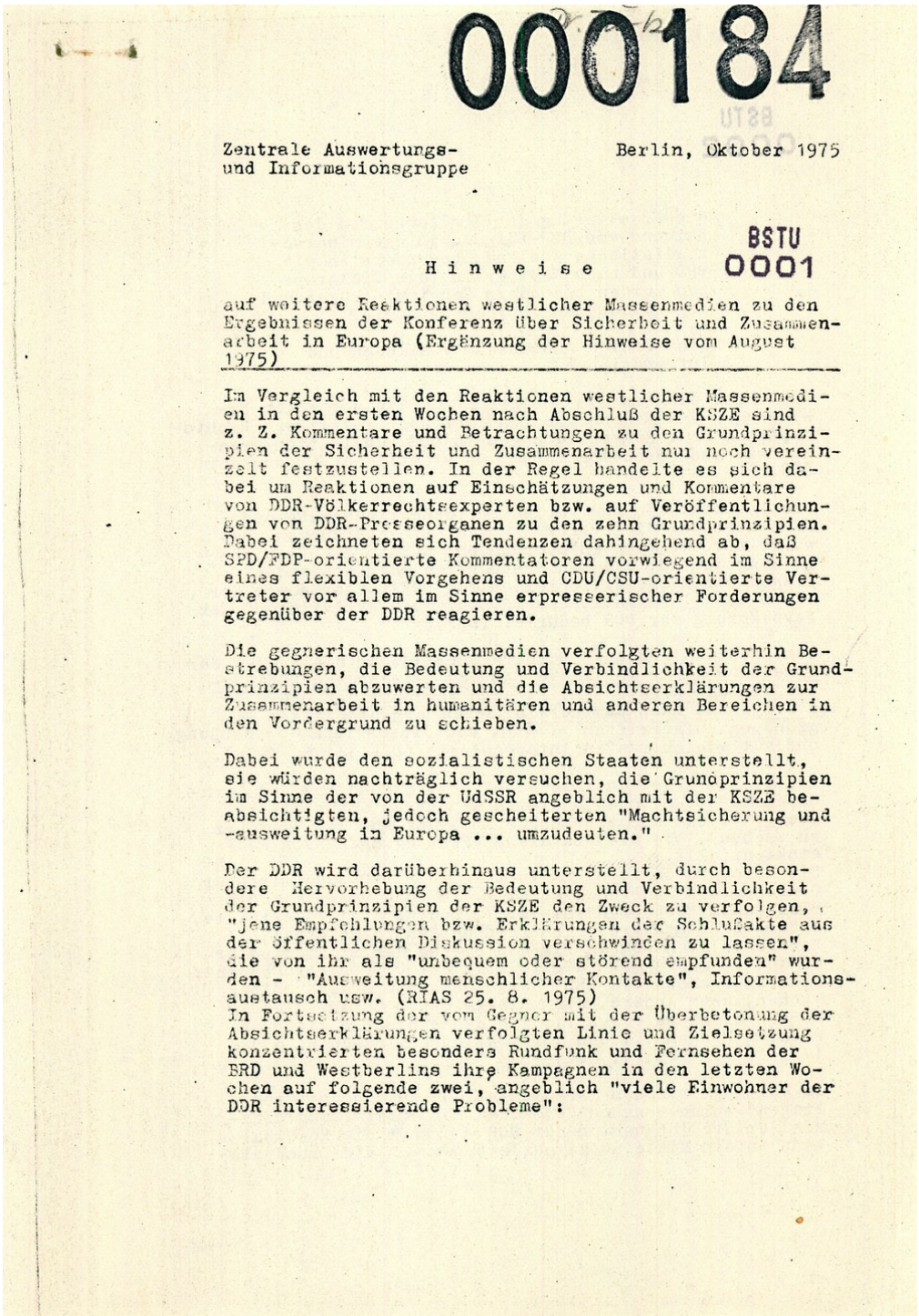
Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

Medienberichte aus der Bundesrepublik waren für die Staatssicherheit von großem Interesse. Sie wurden ausgewertet, um die Sicht des "Gegners" auf aktuelle politische Entwicklungen zu ergründen. Vor allem kritische Artikel wurden dokumentiert, gesammelt und ausgewertet. Bei der vorliegenden Zusammenstellung handelt es sich um westdeutsche Pressestimmen, welche die fehlende Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR anprangerten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Metadaten
Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Datum: 1975 - 1975

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



000184

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Berlin, Oktober 1975

BSTU 0001

H i n w e i s e

auf weitere Reaktionen westlicher Massenmedien zu den Ergebnissen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Ergänzung der Hinweise vom August 1975)

Im Vergleich mit den Reaktionen westlicher Massenmedien in den ersten Wochen nach Abschluß der KSZE sind z. Z. Kommentare und Betrachtungen zu den Grundprinzipien der Sicherheit und Zusammenarbeit nur noch vereinzelt festzustellen. In der Regel handelte es sich dabei um Reaktionen auf Einschätzungen und Kommentare von DDR-Völkerrechtsexperten bzw. auf Veröffentlichungen von DDR-Presseorganen zu den zehn Grundprinzipien. Dabei zeichneten sich Tendenzen dahingehend ab, daß SPD/FDP-orientierte Kommentatoren vorwiegend im Sinne eines flexiblen Vorgehens und CDU/CSU-orientierte Vertreter vor allem im Sinne erpresserischer Forderungen gegenüber der DDR reagieren.

Die gegnerischen Massenmedien verfolgten weiterhin Bestrebungen, die Bedeutung und Verbindlichkeit der Grundprinzipien abzuwerten und die Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen in den Vordergrund zu schieben.

Dabei wurde den sozialistischen Staaten unterstellt, sie würden nachträglich versuchen, die Grundprinzipien im Sinne der von der UdSSR angeblich mit der KSZE beabsichtigten, jedoch gescheiterten "Machtsicherung und -ausweitung in Europa ... umzudeuten."

Der DDR wird darüberhinaus unterstellt, durch besondere Hervorhebung der Bedeutung und Verbindlichkeit der Grundprinzipien der KSZE den Zweck zu verfolgen, "jene Empfehlungen bzw. Erklärungen der Schlußakte aus der öffentlichen Diskussion verschwinden zu lassen", die von ihr als "unbequem oder störend empfunden" wurden - "Ausweitung menschlicher Kontakte", Informationsaustausch usw. (RIAS 25. 8. 1975)
In Fortsetzung der vom Gegner mit der Überbetonung der Absichtserklärungen verfolgten Linie und Zielsetzung konzentrierten besonders Rundfunk und Fernsehen der BRD und Westberlins ihre Kampagnen in den letzten Wochen auf folgende zwei, angeblich "viele Einwohner der DDR interessierende Probleme":

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 1

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR

BSTU
0002

die Erweiterung der Möglichkeiten des Reisens von DDR-Bürgern in das nichtsozialistische Ausland, besonders in die BRD und nach Westberlin (als Zielgruppen wurden besonders Geheimnisträger und Jugendliche angesprochen) sowie

den "freien Austausch" von Ideen und Informationen.

Auch hier dienten als Anknüpfungspunkte vor allem Erklärungen und Einschätzungen führender Politiker, Rechtsexperten bzw. Kommentierungen in DDR-Publikationsorganen wie auch einzelne Maßnahmen staatlicher Organe der DDR.

Die entstellende und verleumderische Wiedergabe und Kommentierung dieser Erklärungen, Einschätzungen usw. wurde mit "Argumenten" verbunden, wonach die Verwirklichung der für die DDR "unbequemen oder störenden" Fragen wie Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger sowie der Ideen- und Informationsaustausch "auch Aktivitäten" der Bevölkerung der DDR bedürfe. (DLF)

Vom "Deutschlandfunk" wurde "argumentiert" die Fragen der Erweiterung der Möglichkeiten des Reisens von DDR-Bürgern in das nichtsozialistische Ausland, besonders in die BRD und nach Westberlin, seien erneut mit der Begründung aufgegriffen worden, daß dieses "Thema drüben jung und alt gleichermaßen interessiert" (DLF 14. 8. 1975).

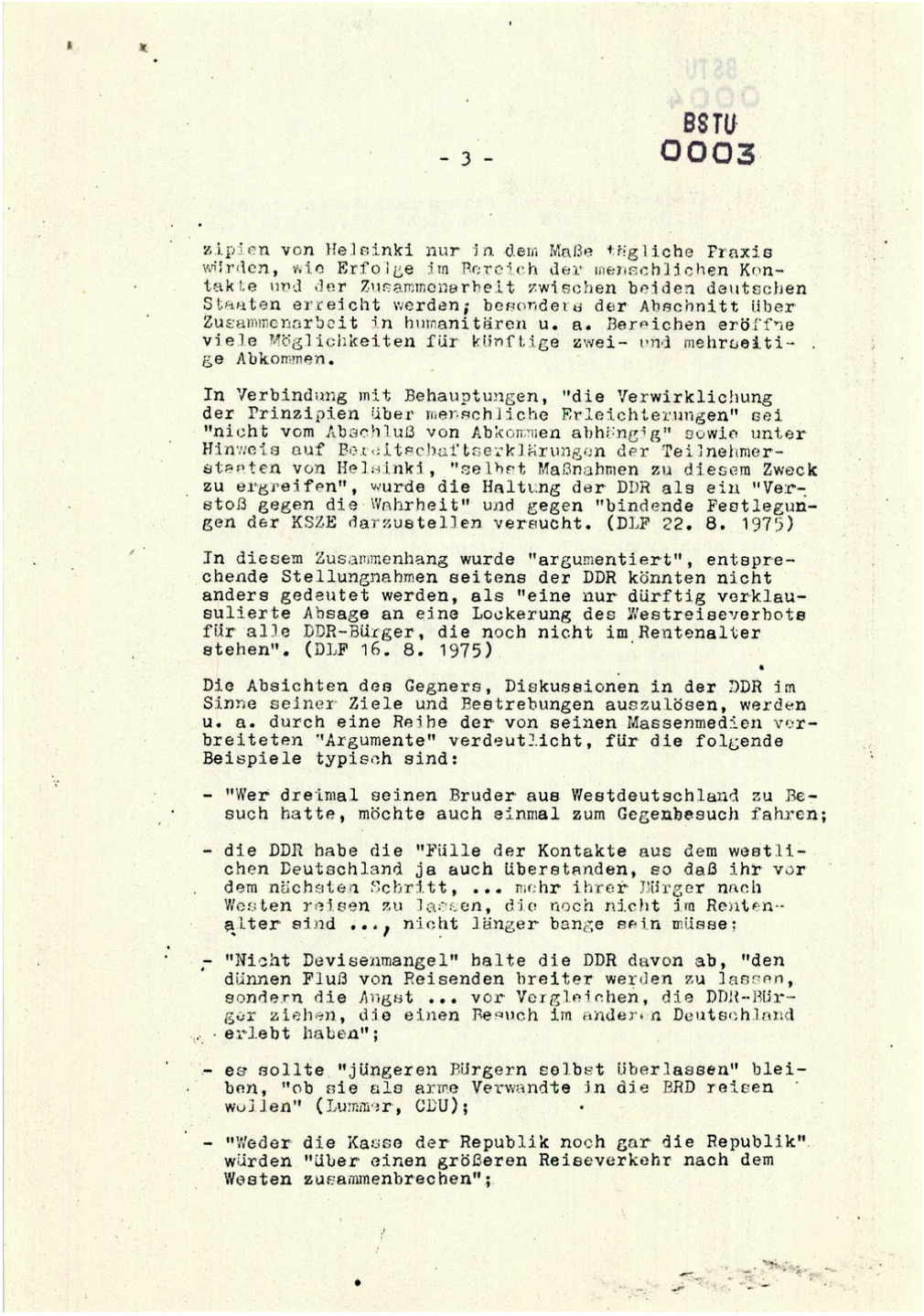
Aus diesem "breiten Interesse" leiten Rundfunk und Fernsehen des Gegners auch die in Sendungen schon direkt oder indirekt ausgesprochene Anmaßung ab, mit "darüber zu wachen", wie die DDR diese "Festlegungen" von Helsinki erfüllt.
Sie befolgen damit einen Auftrag, den BRD-Außenminister Genscher den Massenmedien z. B. in Interviews mit dem "Deutschen Fernsehen" am 30. 7. und 4. 8. 1975 erteilte, indem er erklärte, gemessen an den in Helsinki, "aufgestellten Regeln für den Umgang der Staaten untereinander" müsse sich die Politik der BRD "nicht ändern". Wohl aber müsse die BRD "darauf sehen und auch hörbar machen, wenn andere, die unterzeichnet haben, diese Regeln nicht befolgen ... Ich denke hier an die humanitären Fragen ... den Informationsaustausch u. a." (FS 30. 7. 1975, 4. 8. 1975)

In der gegnerischen "Argumentation" zu "humanitären Fragen" wurde - neben Versuchen zur Entkräftung offizieller Stellungnahmen der DDR - erneut die Kombination in den Mittelpunkt gerückt, wonach die Grundprin-

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 2

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



BSTU
0003

zipien von Helsinki nur in dem Maße tägliche Praxis würden, wie Erfolge im Bereich der menschlichen Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten erreicht werden; besonders der Abschnitt über Zusammenarbeit in humanitären u. a. Bereichen eröffne viele Möglichkeiten für künftige zwei- und mehrseitige Abkommen.

In Verbindung mit Behauptungen, "die Verwirklichung der Prinzipien über menschliche Erleichterungen" sei "nicht vom Abschluß von Abkommen abhängig" sowie unter Hinweis auf Bereitschaftserklärungen der Teilnehmerstaaten von Helsinki, "selbst Maßnahmen zu diesem Zweck zu ergreifen", wurde die Haltung der DDR als ein "Verstoß gegen die Wahrheit" und gegen "bindende Festlegungen der KSZE darzustellen versucht. (DLF 22. 8. 1975)

In diesem Zusammenhang wurde "argumentiert", entsprechende Stellungnahmen seitens der DDR könnten nicht anders gedeutet werden, als "eine nur dürftig verklausulierte Absage an eine Lockerung des Westreiseverbots für alle DDR-Bürger, die noch nicht im Rentenalter stehen". (DLF 16. 8. 1975)

Die Absichten des Gegners, Diskussionen in der DDR im Sinne seiner Ziele und Bestrebungen auszulösen, werden u. a. durch eine Reihe der von seinen Massenmedien verbreiteten "Argumente" verdeutlicht, für die folgende Beispiele typisch sind:

- "Wer dreimal seinen Bruder aus Westdeutschland zu Besuch hatte, möchte auch einmal zum Gegenbesuch fahren;

- die DDR habe die "Fülle der Kontakte aus dem westlichen Deutschland ja auch überstanden, so daß ihr vor dem nächsten Schritt, ... mehr ihrer Bürger nach Westen reisen zu lassen, die noch nicht im Rentenalter sind ..., nicht länger bange sein müsse;

- "Nicht Devisenmangel" halte die DDR davon ab, "den dünnen Fluß von Reisenden breiter werden zu lassen, sondern die Angst ... vor Vergleichen, die DDR-Bürger ziehen, die einen Besuch im anderen Deutschland erlebt haben";

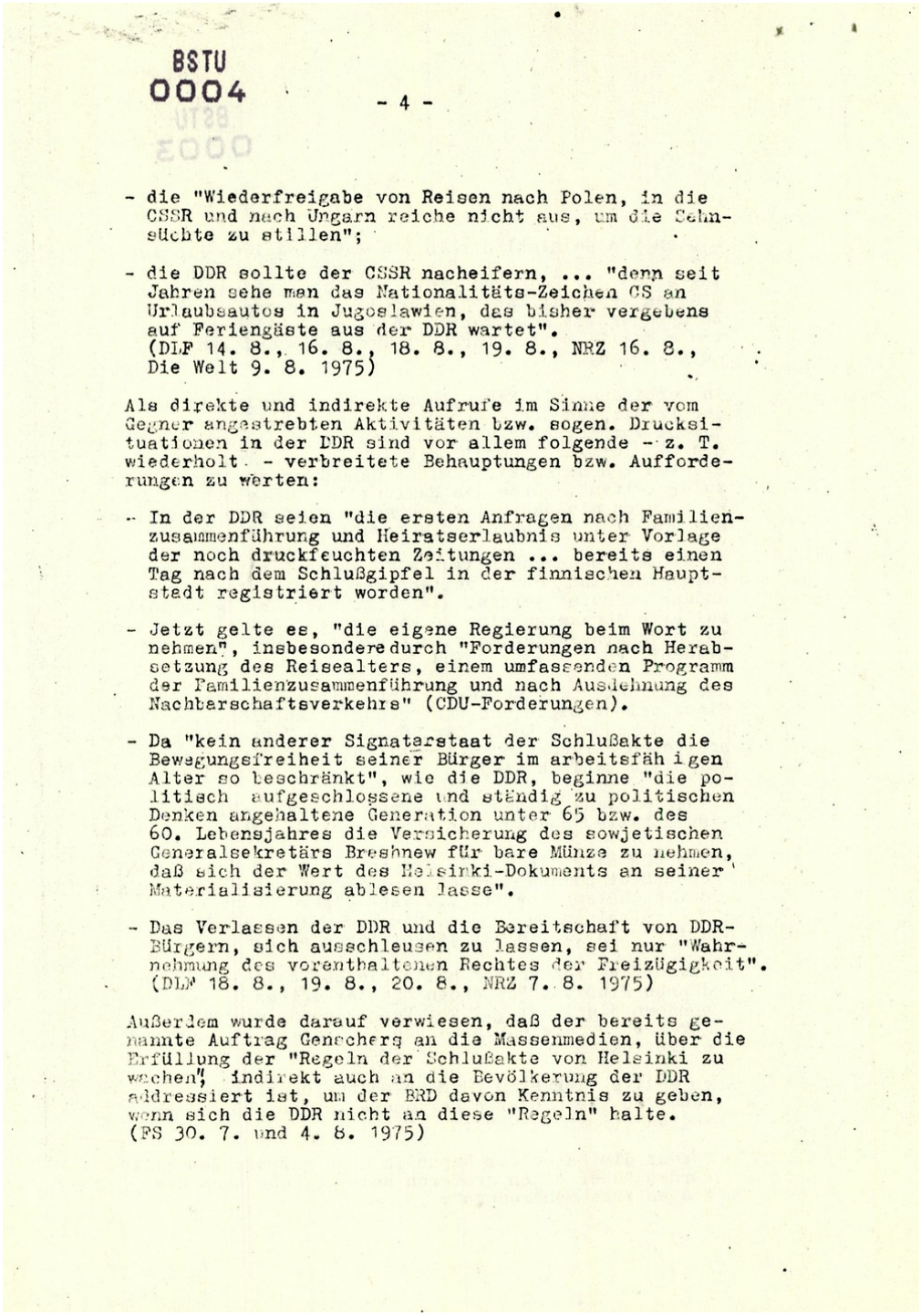
- es sollte "jüngeren Bürgern selbst überlassen" bleiben, "ob sie als arme Verwandte in die BRD reisen wollen" (Lummer, CDU);

- "Weder die Kasse der Republik noch gar die Republik" würden "über einen größeren Reiseverkehr nach dem Westen zusammenbrechen";

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 3

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



BSTU
0004

- die "Wiederfreigabe von Reisen nach Polen, in die CSSR und nach Ungarn reiche nicht aus, um die Sehnsüchte zu stillen";

- die DDR sollte der CSSR nacheifern, ... "denn seit Jahren sehe man das Nationalitäts-Zeichen CS an Urlaubsautos in Jugoslawien, das bisher vergebens auf Feriengäste aus der DDR wartet".
(DLF 14. 8., 16. 8., 18. 8., 19. 8., NRZ 16. 8., Die Welt 9. 8. 1975)

Als direkte und indirekte Aufrufe im Sinne der vom Gegner angestrebten Aktivitäten bzw. sogen. Drucksituationen in der DDR sind vor allem folgende - z. T. wiederholt - verbreitete Behauptungen bzw. Aufforderungen zu werten:

- In der DDR seien "die ersten Anfragen nach Familienzusammenführung und Heiratserlaubnis unter Vorlage der noch druckfeuchten Zeitungen ... bereits einen Tag nach dem Schlußgipfel in der finnischen Hauptstadt registriert worden".

- Jetzt gelte es, "die eigene Regierung beim Wort zu nehmen", insbesondere durch "Forderungen nach Herabsetzung des Reisealters, einem umfassenden Programm der Familienzusammenführung und nach Ausdehnung des Nachbarschaftsverkehrs" (CDU-Forderungen).

- Da "kein anderer Signatarstaat der Schlußakte die Bewegungsfreiheit seiner Bürger im arbeitsfähigen Alter so beschränkt", wie die DDR, beginne "die politisch aufgeschlossene und ständig zu politischen Denken angehaltene Generation unter 65 bzw. des 60. Lebensjahres die Versicherung des sowjetischen Generalsekretärs Breshnew für bare Münze zu nehmen, daß sich der Wert des Helsinki-Dokuments an seiner Materialisierung ablesen lasse".

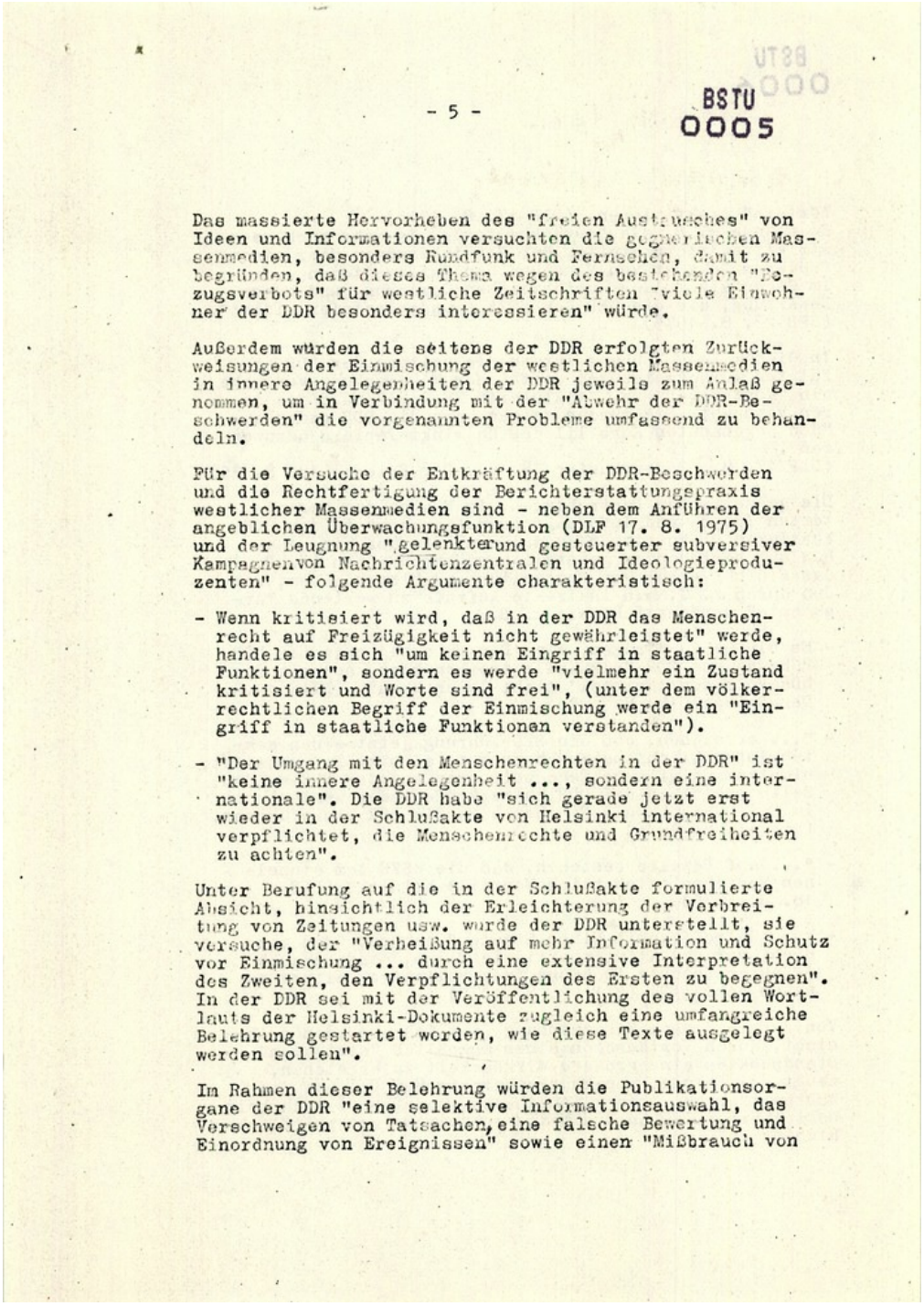
- Das Verlassen der DDR und die Bereitschaft von DDR-Bürgern, sich ausschleusen zu lassen, sei nur "Wahrnehmung des vorenthaltenen Rechtes der Freizügigkeit".
(DLF 18. 8., 19. 8., 20. 8., NRZ 7. 8. 1975)

Außerdem wurde darauf verwiesen, daß der bereits genannte Auftrag Genschers an die Massenmedien, über die Erfüllung der "Regeln der Schlußakte von Helsinki zu wachen", indirekt auch an die Bevölkerung der DDR addressiert ist, um der BRD davon Kenntnis zu geben, wenn sich die DDR nicht an diese "Regeln" halte.
(FS 30. 7. und 4. 8. 1975)

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 4

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



BSTU
0005

Das massierte Hervorheben des "freien Austausches" von Ideen und Informationen versuchten die gegnerischen Massenmedien, besonders Rundfunk und Fernsehen, damit zu begründen, daß dieses Thema wegen des bestehenden "Bezugsverbots" für westliche Zeitschriften "viele Einwohner der DDR besonders interessieren" würde.

Außerdem wurden die seitens der DDR erfolgten Zurückweisungen der Einmischung der westlichen Massenmedien in innere Angelegenheiten der DDR jeweils zum Anlaß genommen, um in Verbindung mit der "Abwehr der DDR-Beschwerden" die vorgenannten Probleme umfassend zu behandeln.

Für die Versuche der Entkräftung der DDR-Beschwerden und die Rechtfertigung der Berichterstattungspraxis westlicher Massenmedien sind - neben dem Anführen der angeblichen Überwachungsfunktion (DLF 17. 8. 1975) und der Leugnung "gelenkter und gesteuerter subversiver Kampagnen von Nachrichtenzentralen und Ideologieproduzenten" - folgende Argumente charakteristisch:

- Wenn kritisiert wird, daß in der DDR das Menschenrecht auf Freizügigkeit nicht gewährleistet" werde, handele es sich "um keinen Eingriff in staatliche Funktionen", sondern es werde "vielmehr ein Zustand kritisiert und Worte sind frei", (unter dem völkerrechtlichen Begriff der Einmischung werde ein "Eingriff in staatliche Funktionen verstanden").

- "Der Umgang mit den Menschenrechten in der DDR" ist "keine innere Angelegenheit ..., sondern eine internationale". Die DDR habe "sich gerade jetzt erst wieder in der Schlußakte von Helsinki international verpflichtet, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten".

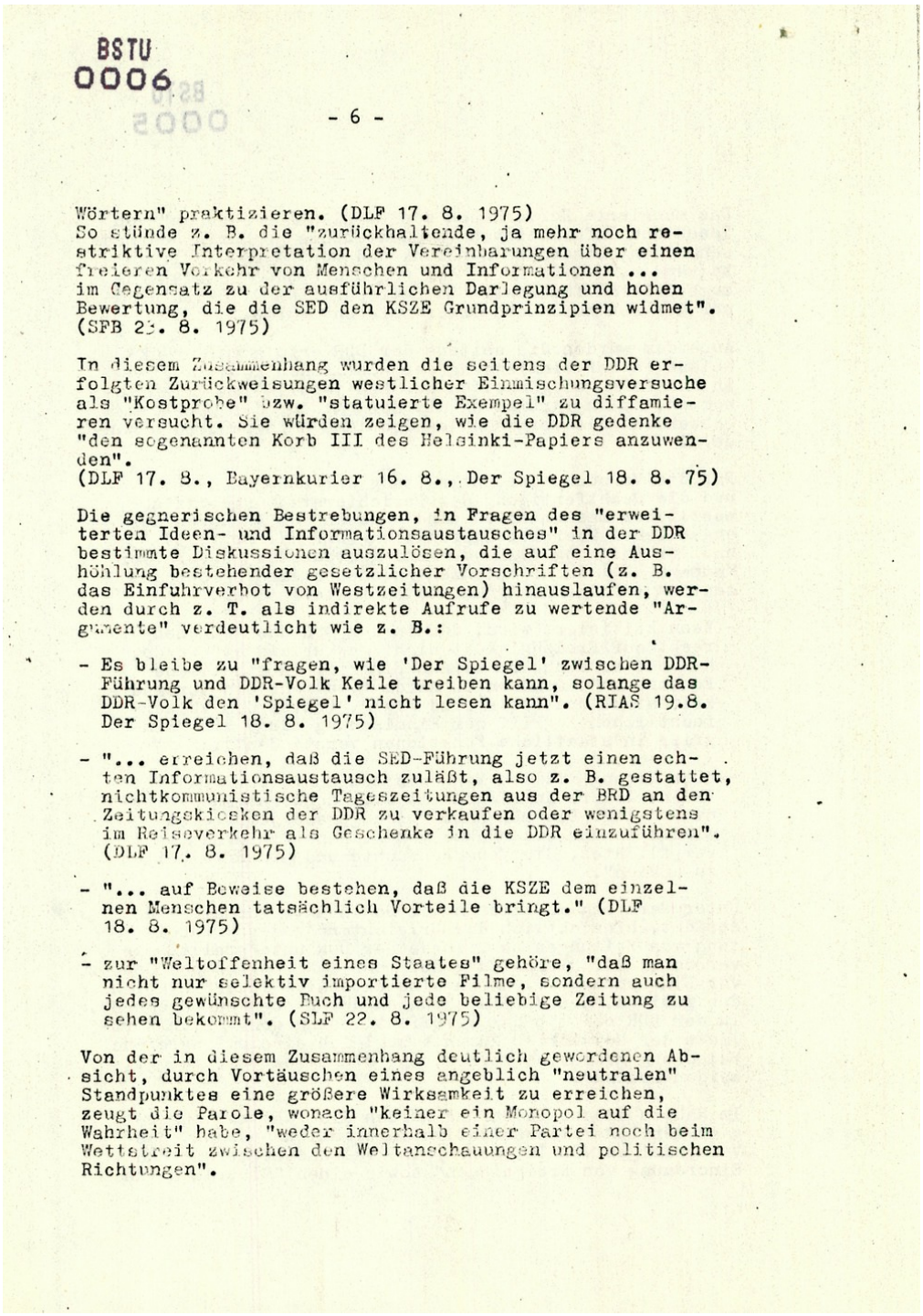
Unter Berufung auf die in der Schlußakte formulierte Absicht, hinsichtlich der Erleichterung der Verbreitung von Zeitungen usw. wurde der DDR unterstellt, sie versuche, der "Verheißung auf mehr Information und Schutz vor Einmischung ... durch eine extensive Interpretation des Zweiten, den Verpflichtungen des Ersten zu begegnen". In der DDR sei mit der Veröffentlichung des vollen Wortlauts der Helsinki-Dokumente zugleich eine umfangreiche Belehrung gestartet worden, wie diese Texte ausgelegt werden sollen".

Im Rahmen dieser Belehrung würden die Publikationsorgane der DDR "eine selektive Informationsauswahl, das Verschweigen von Tatsachen, eine falsche Bewertung und Einordnung von Ereignissen" sowie einen "Mißbrauch von

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 5

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



BSTU
0006

Wörtern" praktizieren. (DLF 17. 8. 1975)
So stünde z. B. die "zurückhaltende, ja mehr noch restriktive Interpretation der Vereinbarungen über einen freieren Verkehr von Menschen und Informationen ... im Gegensatz zu der ausführlichen Darlegung und hohen Bewertung, die die SED den KSZE Grundprinzipien widmet". (SFB 23. 8. 1975)

In diesem Zusammenhang wurden die seitens der DDR erfolgten Zurückweisungen westlicher Einmischungsversuche als "Kostprobe" bzw. "statuierte Exempel" zu diffamieren versucht. Sie würden zeigen, wie die DDR gedenke "den sogenannten Korb III des Helsinki-Papiers anzuwenden".
(DLF 17. 8., Bayernkurier 16. 8., Der Spiegel 18. 8. 75)

Die gegnerischen Bestrebungen, in Fragen des "erweiterten Ideen- und Informationsaustausches" in der DDR bestimmte Diskussionen auszulösen, die auf eine Aushöhlung bestehender gesetzlicher Vorschriften (z. B. das Einfuhrverbot von Westzeitungen) hinauslaufen, werden durch z. T. als indirekte Aufrufe zu wertende "Argumente" verdeutlicht wie z. B.:

- Es bleibe zu "fragen, wie 'Der Spiegel' zwischen DDR-Führung und DDR-Volk Keile treiben kann, solange das DDR-Volk den 'Spiegel' nicht lesen kann". (RIAS 19.8. Der Spiegel 18. 8. 1975)

- "... erreichen, daß die SED-Führung jetzt einen echten Informationsaustausch zuläßt, also z. B. gestattet, nichtkommunistische Tageszeitungen aus der BRD an den Zeitungskiosken der DDR zu verkaufen oder wenigstens im Reiseverkehr als Geschenke in die DDR einzuführen". (DLF 17. 8. 1975)

- "... auf Beweise bestehen, daß die KSZE dem einzelnen Menschen tatsächlich Vorteile bringt." (DLF 18. 8. 1975)

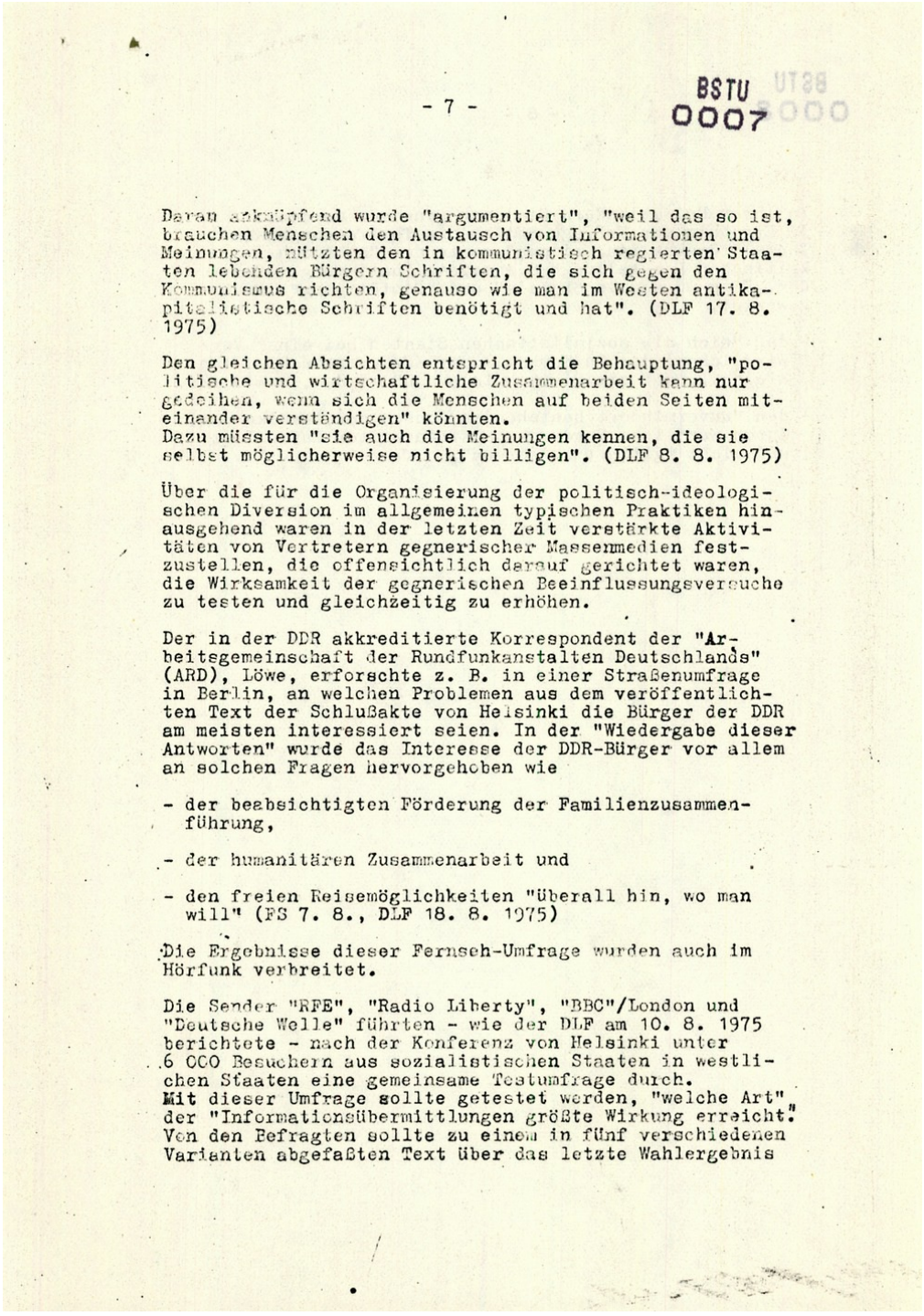
- zur "Weltoffenheit eines Staates" gehöre, "daß man nicht nur selektiv importierte Filme, sondern auch jedes gewünschte Buch und jede beliebige Zeitung zu sehen bekommt". (SLF 22. 8. 1975)

Von der in diesem Zusammenhang deutlich gewordenen Absicht, durch Vortäuschen eines angeblich "neutralen" Standpunktes eine größere Wirksamkeit zu erreichen, zeugt die Parole, wonach "keiner ein Monopol auf die Wahrheit" habe, "weder innerhalb einer Partei noch beim Wettstreit zwischen den Weltanschauungen und politischen Richtungen".

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 6

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



BSTU
0007

Daran anknüpfend wurde "argumentiert", "weil das so ist, brauchen Menschen den Austausch von Informationen und Meinungen, nützten den in kommunistisch regierten Staaten lebenden Bürgern Schriften, die sich gegen den Kommunismus richten, genauso wie man im Westen antikapitalistische Schriften benötigt und hat". (DLF 17. 8. 1975)

Den gleichen Absichten entspricht die Behauptung, "politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nur gedeihen, wenn sich die Menschen auf beiden Seiten miteinander verständigen" könnten.
Dazu müssten "sie auch die Meinungen kennen, die sie selbst möglicherweise nicht billigen". (DLF 8. 8. 1975)

Über die für die Organisierung der politisch-ideologischen Diversion im allgemeinen typischen Praktiken hinausgehend waren in der letzten Zeit verstärkte Aktivitäten von Vertretern gegnerischer Massenmedien festzustellen, die offensichtlich darauf gerichtet waren, die Wirksamkeit der gegnerischen Beeinflussungsversuche zu testen und gleichzeitig zu erhöhen.

Der in der DDR akkreditierte Korrespondent der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" (ARD), Löwe, erforschte z. B. in einer Straßenumfrage in Berlin, an welchen Problemen aus dem veröffentlichten Text der Schlußakte von Helsinki die Bürger der DDR am meisten interessiert seien. In der "Wiedergabe dieser Antworten" wurde das Interesse der DDR-Bürger vor allem an solchen Fragen hervorgehoben wie

- der beabsichtigten Förderung der Familienzusammenführung,

- der humanitären Zusammenarbeit und

- den freien Reisemöglichkeiten "überall hin, wo man will" (FS 7. 8., DLF 18. 8. 1975)

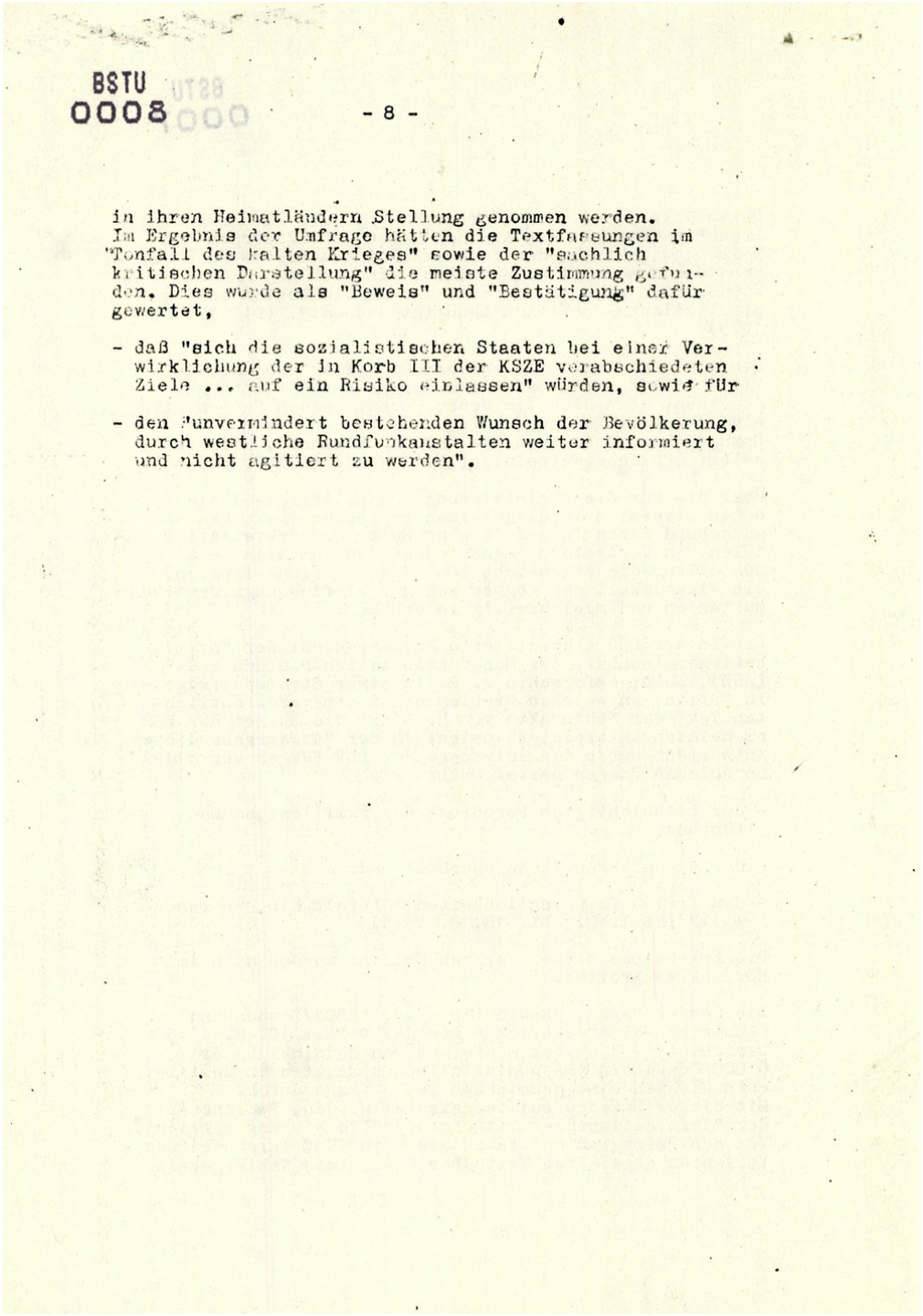
Die Ergebnisse dieser Fernseh-Umfrage wurden auch im Hörfunk verbreitet.

Die Sender "RFE", "Radio Liberty", "BBC"/London und "Deutsche Welle" führten - wie der DLF am 10. 8. 1975 berichtete - nach der Konferenz von Helsinki unter 6 000 Besuchern aus sozialistischen Staaten in westlichen Staaten eine gemeinsame Testumfrage durch.
Mit dieser Umfrage sollte getestet werden, "welche Art" der "Informationsübermittlungen größte Wirkung erreicht."
Von den Befragten sollte zu einem in fünf verschiedenen Varianten abgefaßten Text über das letzte Wahlergebnis

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 7

Auswertung westdeutscher Medienberichte über die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse in der DDR



BSTU
0008

in ihren Heimatländern Stellung genommen werden. Im Ergebnis der Umfrage hätten die Textfassungen im "Tonfall des kalten Krieges" sowie der "sachlich kritischen Darstellung" die meiste Zustimmung gefunden. Dies wurde als "Beweis" und "Bestätigung" dafür gewertet,

- daß "sich die sozialistischen Staaten bei einer Verwirklichung der in Korb III der KSZE verabschiedeten Ziele ... auf ein Risiko einlassen" würden, sowie für
- den "unvermindert bestehenden Wunsch der Bevölkerung, durch westliche Rundfunkanstalten weiter informiert und nicht agitiert zu werden".

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 30400, Bl. 1-8

Blatt 8